

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresdner Volkszeitung, Dresden, Gaben & Comp., Nr. 1268.

Abonnementpreis einschließlich Fringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 26,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Druckerei: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5spaltige Nonpareilzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3spaltige Kleinzeile 2,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinanzeigen 1 M.

Nr. 72

Dresden, Sonnabend den 25. März 1922

33. Jahrg.

Bayerntreue

Der Lorbeer der Siege

Dr. Heim hat mit seiner Regensburger Gründung des „Bayerischen Heimat- und Königsbundes“ bisher selbst in den ihm nahestehenden Kreisen wenig Sympathie gefunden. Nicht unwürdig ist es schon, daß eine Reihe von Personen, die bei der Gründung als Ausschußmitglieder genannt wurden, dies öffentlich abstreiten, wie der Direktor Klier vom Oberbayerischen Christlichen Bauernverein, oder sogar behaupten, von der ganzen Sache nichts zu wissen, wie Dr. Schmittbauer, der in der christlichen Bauernbewegung ebenfalls eine bedeutende Rolle spielt.

Weiter ist es auffallend, daß das Blatt Dr. Heims, der bayerische Kurier, von der Regensburger Zeitung erst nach drei Tagen eine kurze Mitteilung brachte. Das legt — meint die Frankfurter Zeitung — die Vermutung nahe, daß die eingeleitete Propaganda für „den Sohn unires Königs Ludwig III.“ noch nicht in der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden sollte. Zwar hält der berüchtigte Leiter der Orka, Ranzler, die Zeit für gekommen.

„Ein an dem angehängten Königsbild tatsächlich verübtes Verbrechen wieder gutzumachen; alle echten Bayern müssen zurückkehren zur Bayerntreue und sich wieder eins fügen mit dem Kaiser Wilhelm.“ Nur unter der Herrschaft eines Königs könne wieder Autorität und Ordnung einziehen, und würden Bayerns Rechte energisch genug gewahrt werden.“

Aber nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern auch ein großer Teil der bayerischen Volkspartei stehen der Gründung des Bundes durchaus ablehnend gegenüber. Und Dr. Schmittbauer, der Heim sonst besonders nahestand, veröffentlicht jetzt einen Brief, der von den Anhängern des Königsbundes als äußerst peinlich empfunden werden und zu einem gut Teil dazu beitragen dürfte, die Pläne der Monarchisten zu durchkreuzen. Dieser Brief wurde am 3. September 1919 an den Grafen Vothmer gerichtet als Antwort auf die Aufforderung, für eine Ehrenkandidatur des Prinzen Rupprecht einzutreten. Er lautet:

Sehr geehrter Herr Graf!

Es ist mir unmöglich, auf eigene Verantwortung hin Stellung zu nehmen zu Ihren eingehenden Darlegungen über unsre innere und äußere Politik. Ich bin Mitglied einer großen Fraktion und kann nur im Einverständnis mit ihr dargehen. Ich will Ihnen aber gleich verraten, daß in dem größten Teil der Fraktion keinerlei Meinung herrscht für Abtrennungsbestrebungen hinsichtlich Bayerns. Ich will Ihnen auch verraten, daß der größte Teil nicht mehr für monarchistische Bestrebungen zu haben ist und am wenigsten zugunsten des Prinzen Rupprecht, dessen Leben an der

Front durchaus nicht erbaulich geendet ist. Es ist gut, wenn Sie in diesen zwei wichtigen Punkten von vornherein sich keinen Illusionen hingeben.

Was die Frage der Außenpolitik betrifft, so bin ich der Ansicht, daß Deutschland sich bestreben muß, mit einem zentralen Europa ein festes Band zu bilden.

Hochachtungsvoll!

Dr. Schmittbauer.

Wir haben bereits vor kurzem in unserm Artikel „Die monarchistischen Bestrebungen in Bayern in englischer Fühlung“ darauf hingewiesen, daß die Gefahr für die Republik, sondern auch eine Gefahr für den Bestand und die Einheit des Deutschen Reiches bilden. Das wird auch durch den obigen Brief bestätigt. Außerdem scheint es mehr als ein zufälliges Zusammentreffen zu sein, daß in dem Augenblick, wo eine verärferte Propaganda für den Königsbundes in Bayern einsetzt, zugleich neue Sensationsmeldungen durch die bayerische Rechtspresse verbreitet werden über eine drohende Heiligung des Deutschen Reiches durch einen „unabwehrbaren Einmarsch der Franzosen in Deutschland“ und durch die Absicht Poincarés, die Rheinlinie zu besetzen, so Nord- und Süddeutschland zu trennen und das Reich in seiner jetzigen Form zu zerstückeln.

Die sozialistische Arbeiterchaft Bayerns hat also nicht nur die monarchistische Propaganda, sondern auch die vaterlandsverräterischen Umtriebe der bayerischen „Patrioten“ zu bekämpfen. Es versteht sich von selbst, daß in diesem Kampfe die gesamte Arbeiterchaft des Reiches geschlossen hinter ihr steht.

Reichsregierung und Reparationsnote

Das Reichskabinett legte am Freitag nachmittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten die am Vormittag begonnenen Besprechungen über die Haltung, die die Regierung zu der Reparationsnote am Dienstag einnehmen wird, fort. Nach Abgabe der Regierungserklärung im Reichstag und nach Abschluß der Debatten dürfte an die Reparationskommission eine Note gerichtet werden, die sachlich auseinandersetzen wird, was von den Wünschen der Reparationskommission erfüllbar ist und was nicht durchgeführt werden kann. Darüber, daß die Regierung nicht versprechen kann, binnen zwei Monaten neue Steuern im Betrage von 60 Milliarden zu erheben, dürfte nach der bekannten Haltung sämtlicher Parteien kein Zweifel bestehen.

In der ersten Zeit der Abspannung nach dem wilden Völkermorden breitet sich tiefe Friedenssehnsucht über die Völker und der passivistische Gedanke scheint mächtige Wechsellagerung zu gewinnen. Bald aber wird bei den Sieger und bei den Besiegten ein anderer Geist wach. Erhöhtes Selbstgefühl, Hochgefühl werden laut, die Legende überhöht vergoldend die Gremel des Völkermordes. Die Feldherren, denen oft nur ein Zufall, ein allidliches Zusammentreffen von Umständen, die Unzulänglichkeit des Begrenzers den Lorbeer gereicht haben, wachsen zu Nationalhelden empor und selbst im Lande der Ueberwundenen wandelt sich nicht selten der durch die Schuld eigener Fehler besiegte Führer in den tragischen Helden. Wie in Frankreich die glücklichen Ruhmnießer der Fehler Ludendorffs und der eigenen Uebermacht ins Napoleonemphorgerückt werden, so haben in Deutschland alle Schmach und alles Elend nicht zu verbüßen vermocht, daß der wiedererwachende kriegerische Geist fragwürdige Gestalten von der Art Ludendorffs mit dem Scheine tragischer Größe umkleidet. Wieder weht die Legende ihr Gespinnst, und nichts ist nötiger, als all diesem erdorteten und erlogenen Enabeneruhm die nackte Gestalt der Wahrheit entgegenzuhalten. Denn weniger als sonst in großen Völkerkriegen war in diesem Kriege Führergroße sichtbar. Sie fehlte beim Besiegten, sie fehlte ebenso bei den Siegern.

Wie sieht es denn mit Haig und Petain und ihrem unsterblichen Ruhm? Darüber belehren uns englische Gewährsmänner: außer Captain Bright Walter Koch in seinem Buch: Mr. Lloyd George and the war (Lloyd George und der Krieg) und General Maurice in seinem Werk: The last four months of the war (Die letzten vier Monate des Krieges) in ausdrückendem Maße. Wir folgen der Zusammenfassung ihrer Angaben, die Delbrück gibt. Zum Teil unter dem Eindruck der italienischen Niederlage 1917 entschlossen sich die Ententeeregierungen auf Anregung Lloyd Georges Anfang 1918, einen Obersten Kriegsrat unter dem Vorsitz des Generals Foch in Versailles einzusetzen, der den Kriegsoberaktionen eine einheitliche Leitung geben sollte.

Die beiden Höchstkommandierenden der englischen und der französischen Armeen, Haig und Petain, waren aber höchst unzufrieden mit der Einsetzung des Kriegsrates, der über die Reserven verfügen sollte. Der Kriegsrat unter der Führung von Foch beschloß, eine Reservearmee bei Amiens aufzustellen, die Hauptreserve bei Paris und eine dritte Armee in der Dauphiné, um sie von dort entweder nach Italien zu senden oder sie nach Paris an die Hauptreserve heranzuziehen. Haig und Petain gaben jedoch die bei ihnen angeforderten Divisionen für die Reserven nicht ab. Haig führte den Befehl nicht nur nicht aus, sondern unterließ auch jede Antwort, bis der Kampf an der Front bereits im Entzweien und es für die Ausführung zu spät war. Die Folge war, daß die Front ziemlich gleichmäßig besetzt und hinter jedem Abschnitt auch gleichmäßig eine kleine Reserve stand. Haig und Petain hatten verabschiedet, daß sie im Notfall sich gegenseitig zu Hilfe kommen würden, und zwar in der Form, daß der Rückzugangegriffene einen Teil der angehenden Front des Angreiffenen übernahm und dessen Divisionen an dieser Stelle freimachte. Was eine in dieser Weise freigelegte Reserve an den Platz der Entscheidung kam, mußte natürlich eine längere Zeit vergehen und diese Zeit wurde noch mehr ausgenutzt dadurch, daß man erst sicher erkennen mußte, wo der Hauptangriff und wo bloße Scheinangriffe stattfanden. Erst am vierten Tage sollten deshalb die Truppen der Nachbararmee verpflichtet sein, sich in Bewegung zu setzen.

Diese unständlichen und schwerfälligen Dispositionen Haigs und Petains haben denn auch die großen Anfangserfolge der deutschen Frühjahrsoffensive sehr erleichtert. Es ist wahrlich nicht das Verdienst dieser beiden jetzt lorberechtigtesten Sieger, wenn es den Deutschen bei Amiens nicht gelang, völlig durchzustoßen und die englischen Linien aufzuzerren. Die Kraft des deutschen Stoßes verlagte zuletzt auf denselben Ursachen, weshalb auch stets die vorgängigen Offensiven der Entente stecken geblieben waren: der Menschen- und Munitionsmangel und die Verpflegung, verfehlte Ludendorffs Streitkräfte schließlich in das Loch geworfen. Uebrigens würde, was Haig und Petain taten, hätte es ein „Gemeiner“ gemacht, Reuterser geheissen haben und mit dem Tode bestraft worden sein. Aber wenn Ludendorff durch offene Reuterser Bethmann-Hollwegs Abgang erpreßt, so hat in England der Chef des Generalstabes, Robertson, weil er sich dem Obersten Kriegsrat nicht unterwerfen wollte, durch seinen Freund, den angesehensten englischen Militärschriftsteller Obersten Repington, in der Morning Post vom 11. Februar 1918 den beschlossenen Kriegsplan, die beschlossene Schaffung der einheitlichen Reserve und die Absicht des als Kriegentscheidend gedachten britischen Feldzuges, veröffentlichten und höhnisch kritisieren lassen, hoffend, das Unterhandeln werde, durch diese Darlegung fortgerissen, Lloyd George und dessen militärischen Berater General Wilson kürzen. Also offener Verrat, doch brachte er Repington, der angeklagt wurde, bloß eine Geldstrafe und Robertson nur den Abschied ein.

Bleibt in der Heldenglorie noch der ruhmgetrübteste der Heerführer, der Oberbefehlshaber des Endzuges und das jegige militärische Haupt der Weltreaktion, Foch. Hören wir, wie Delbrück über ihn als Strategen urteilt! Der Geschichtsschreiber gesteht Foch zu, daß er sich in der Schlusphase besser bewährt habe als Ludendorff.

„Während die französischen und die englischen Staatsmänner vor den immer neuen deutschen Siegen fast in die Knie sanken, schloß Foch fast mühelos, das habe nichts zu befehlen, denn die Deutschen gaben auf diese Weise Gelegenheit zum Gegenstoß.“

„Frauen, die nicht Mütter werden wollen“

Eigene Drahtmeldung

München, 25. März. In München fand gestern eine massenverfammlung statt, als Protest gegen die würdelose und barbarische Form, in der die bayerische Justiz gegen die wegen Abtreibung angefaßten Frauen vorgehen pflegt. Es waren von den genügend bekannten Münchner Volksgerichten gelegentlich wegen Abtreibungsprozessen in den letzten Wochen gegen 100 Frauen, meist der ärmeren Schichten, unter Verweigerung der Bewährungsfrist, den Gefängnissen überwiesen worden. Die Prozesse wurden in Form von Massenprozessen, in denen die Frauen an den Pranger gestellt wurden, „durchgeführt“. Das hat der bayerischen Justiz den Ruf einer unerhörten Barbarei gegen die Proletarierfrauen eingetragen. Seit Wochen wütet nun die bayerische Rechtspresse unter dem Schlagwort: „Frauen, die nicht Mütter werden wollen“ gegen die Geburtsunwilligkeit der Frauen innerhalb der bayerischen Arbeiterchaft.

Die gestrige Verlammlung war förmlich ein Massenaufruf der weiblichen Geschlechter aller Bevölkerungsschichten. Der Vortragende, Genosse Luer, stellte die neueste Kulturwende des bayerischen Ordnungstaates wirkungsvoll an den Pranger. Die bayerische Eigenart schiene sich neuerdings in der Abkühlung der Reichsgerichte zur Verhinderung der Geburtsfreikampfen im Sinne der „bemährten konerischen Bundesrechte“ äußern zu wollen. Diese bayerische Eigenart habe gerade in den ländlichen Bezirken die Eingliederschaftigkeit im Gegensatz zu den Industriestädten erschreckend geäußert. Die Verlammlung forderte: Bewilligung der Bewährungsfrist an die verurteilten Münchner Frauen, Revision des § 218 des Strafgesetzbuches, sozialer Schutz der Mütter und der heranwachsenden Jugend.

Die Anerkennung der Sowjets

Eigene Drahtmeldung

London, 25. März. Die Fassung des Vertrags, durch den die Sowjets anerkannt werden sollen, ist heute auf der Konferenz der finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen der Alliierten für Genue festgelegt worden. Nach scharfen Debatten, in denen besonders die französische Delegation lebhaft opponierte, gelang es, den italienischen und englischen Vertretern doch, die französischen Einwände zu beilegen. Die Einwände Frankreichs richteten sich gegen den Bericht auf eine Währungsreform. Die Anerkennung soll sofort nach der Konferenz von Genue in Kraft treten, und zwar ohne, daß auf Garantien für die künftigen Verhältnisse Rücksicht gelei-

werden soll. Der Vertrag enthält auch die Bestimmungen über die Erleichterung einer russischen Handelskommission.

Die Delegation wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß in Washington befürchtet worden sei, die westeuropäischen Nationen würden sich Monopole in Rußland sichern und Amerika kassieren. Man habe aber durch amerikanische Kreise London davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vorschläge revidiert worden seien, daß es jeder Nation freistehe, sich Monopole zu sichern, und daß jede Nation Gelegenheit haben werde, mit Rußland in Handelsbeziehungen zu treten.

Schwere Erkrankung Lenins

Eigene Drahtmeldung
Moskau, 25. März. Nach einer Meldung der Moskauer Pravda tritt der Große Rat der Sowjets am Sonnabend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die Maßnahmen zu besprechen, die bei einem Ausscheiden Lenins aus der Regierung zu treffen sind. Der Vorsitzende der Moskauer Sowjets erklärte, daß der Zustand Lenins, der an einem Krebsleiden erkrankt sei, so ernst sei, daß man von einer weiteren Teilnahme an der Regierung vorläufig nicht sprechen könne.

Aufbau

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, Nummer 84 vom 25. März 1922, bemängeln unter dieser Ueberschrift die Ernennung der Reichsjustizminister Günther und Dr. Heiland zu Staatsanwälten. Die Beförderung der Professoren Günther und Heiland, wobei nach dem Lebensalter noch nach dem Zeitpunkt der abgelaufenen Prüfung. Vielmehr kommt bei ihnen vor allem die fachliche Fähigkeit sowie berufliche Reife für das selbständige Amt in Frage. Staatsminister werden bevorzugt. Außer den Herren Günther und Dr. Heiland — beide sehr befähigte, in der Praxis hervorragende tüchtige und vorzüglich beurteilte Beamte, beide überdies auch Staatsrechtslehrer — sind in noch eine ganze Reihe von Professoren befördert worden. Darunter befinden sich solche, die später als Herr Günther die zweite Prüfung abgelegt haben, und solche, die als Nichtkriegsteilnehmer erst auf spätere Anstellungen hätten rechnen können, wenn sie nicht ebenfalls besonders tüchtige, zur bevorzugten Anstellung reife und vorzüglich beurteilte Beamte gewesen wären.

Herr Dr. Heiland hat die Prüfung mit Sehr gut bestanden. Die Ernennung ist nicht aus politischen Gründen erfolgt, wohl aber befolgt die Konvention der Ernennung parteipolitische Zwecke. Weder Herr Günther noch Herr Dr. Heiland gehören der Sozialdemokratischen Partei an. Herr Dr. Heiland ist, wie das Justizministerium auf Anfrage jetzt feststellt, hat, Mitglied der Demokratischen Partei, während Herr Günther seiner Partei angehört. Herr Dr. Heiland ist übrigens weder der Reife des Justizministers, noch, wie anderweit behauptet worden ist, sein Vetter. Ministerialrat Günther hat mit der Ernennung des Herrn Günther überhaupt nichts zu tun.